



HESSISCHER LANDTAG

16. 08. 2022

Kleine Anfrage

Dr. Dr. Rainer Rahn (AfD) vom 24.05.2022

Integrationsmonitor 2022

und

Antwort

Minister für Soziales und Integration

Vorbemerkung Fragesteller:

Kürzlich stellte die Landesregierung den Hessischen Integrationsmonitor 2022 vor. Darin wird festgestellt, dass „Zugewanderte besonders unter den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie“ leiden. Dies betreffe vor allem „das Sozialleben“, aber auch die „Einkommens- und Arbeitssituation“. Grundsätzlich zeigt der Integrationsmonitor 2022, dass in vielen Bereichen – von Bildung über Einkommen bis zur Gesundheit – nach wie vor deutliche Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund bestehen. Unterschiede zeigen sich vor allem in den Schulabschlüssen (Abitur 21 vs. 37 %), wobei sich die Zahlen seit 2011 nur geringfügig verändert haben. Gleiches gilt für die Arbeitslosenquote, die bei Ausländern konstant etwa dreimal so hoch liegt wie bei Deutschen (2020: 12,7 vs. 4,4 %)

→ <https://soziales.hessen.de/presse/hessischer-integrationsmonitor-2022-vorgestellt>

Die Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Kultusminister und der Ministerin für Wissenschaft und Kunst wie folgt:

- Frage 1. Worauf führt die Landesregierung zurück, dass „Zugewanderte besonders unter den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie“ leiden?
- Frage 2. Welche konkreten Einschränkungen betrafen Zugewanderte hinsichtlich ihres Soziallebens während der Pandemie?

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Landesregierung stützt ihre Ausführungen auf wissenschaftliche Studien renommierter Forschungseinrichtungen sowie auf ihre eigene Erhebung „Gesellschaftliche Folgen der Corona-Pandemie in Hessen“. Diese Untersuchungen zeigen, dass Menschen mit Migrationshintergrund in besonderem Maße unter den Folgen der Pandemie zu leiden hatten bzw. haben. Die Arbeits-, Einkommens- sowie Familiensituation der Menschen mit Migrationshintergrund hat sich nach Untersuchungen des Ministeriums für Soziales und Integration deutlich schlechter entwickelt als die der Menschen ohne Migrationshintergrund (Selbsteinschätzung der Befragten; siehe Anlage 1). Laut der Bundesagentur für Arbeit zählt zu den zentralen Ursachen, dass ausländische Beschäftigte seit Ausbruch der Pandemie häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind, der Umstand, dass diese überproportional in von pandemiebedingten Schließungen betroffenen Branchen beschäftigt sind (z.B. im Gastgewerbe). Ebenso sind Menschen mit Zuwanderungsgeschichte überproportional in weniger stabilen Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Arbeitslosigkeit ist auch immer mit Einkommenseinbußen verbunden und viele Personen mit Migrationshintergrund dürften aufgrund ihrer Einkommenssituation über geringe Rücklagen verfügen, mit denen sie solche Einbrüche auffangen könnten.

Wie der Hessische Integrationsmonitor zeigt, leben Personen mit Migrationshintergrund tendenziell häufiger in Mehrpersonenhaushalten und beengteren Wohnverhältnissen. Das könnte Probleme im familiären Zusammenleben verursacht bzw. verstärkt haben. Außerdem fällt auf, dass die Entwicklung der Situation in der Familie signifikant schlechter eingeschätzt wird, je weniger Wohnfläche den Befragten zur Verfügung steht. Daneben machen sich Personen mit Migrationshintergrund häufiger Sorgen über ihren Arbeitsplatz und ihr Einkommen.

- Frage 3. Welche konkreten Veränderungen betrafen Zugewanderte hinsichtlich ihres „Einkommens- und Arbeitssituation“ während der Pandemie?

Die Arbeitslosigkeit in Hessen stieg zwischen März und August 2020 von 4,5 % auf 6,0 %, um danach unter Schwankungen wieder zu fallen (siehe Anlage 2). Dabei zeigen die Daten der Bundes-

desagentur für Arbeit, dass ausländische Arbeitskräfte von der Arbeitslosigkeit besonders stark betroffen waren. Wie schon in Frage 2 erläutert, sind Ausländerinnen und Ausländer überproportional häufig in von pandemiebedingten Schließungen betroffenen Branchen beschäftigt (z. B. im Gastgewerbe). Ebenso sind Beschäftigte mit Migrationshintergrund häufiger in weniger stabilen Arbeitsverhältnissen angestellt (z. B. befristete Beschäftigung, Zeitarbeit, Minijobs).

Frage 4. Aus welchen Gründen bestehen nach wie vor deutliche Unterschiede hinsichtlich der Bildungsabschlüsse bei Schülern mit und ohne Migrationshintergrund (Abiturquote)?

Frage 5. Aus welchen Gründen hat sich der Anteil höherer Bildungsabschlüsse von Schülern mit Migrationshintergrund im Vergleich zu solchen ohne Migrationshintergrund in den vergangenen zehn Jahren trotz intensiver Bemühungen der Landesregierung nur geringfügig geändert?

Die Fragen 4 und 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die einschlägige Fachliteratur betont seit Jahren, dass der Schulerfolg in Deutschland stark mit der sozialen Herkunft und den Sprachkenntnissen korreliert. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist im Durchschnitt etwas geringer qualifiziert als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Schülerinnen und Schüler, deren Eltern einen niedrigen Bildungsstand haben oder nicht in Deutschland schulisch sozialisiert worden sind, schneiden tendenziell schlechter ab. Auch „die Bildungsnähe oder die Bildungsaspiration, die Eltern ihren Kindern vermitteln“, spielen eine Rolle, wobei in der Literatur regelmäßig die hohe Bildungsaspiration von Eltern mit Migrationshintergrund hervorgehoben wird.

Hessen ist ein Land, das schon seit Jahrzehnten von einer starken Migrationsgeschichte geprägt ist. Diese Migrationsgeschichte stellt das Bildungssystem vor besondere Aufgaben. Hier kommt insbesondere der Stärkung der Kompetenzen in der deutschen Sprache eine Schlüsselrolle zu. Alle an vorschulischer und schulischer Bildung Beteiligten stehen daher in der gesellschaftlichen, politischen und pädagogischen Verantwortung, für alle Schülerinnen und Schüler die bestmöglichen Voraussetzungen für den Erwerb bildungssprachlicher Kompetenzen und Bildung im Allgemeinen zu schaffen – und zwar unabhängig von der sozialen und kulturellen Herkunft. Deshalb hat vor allem die frühe Förderung und Stärkung der bildungssprachlichen Kompetenzen in der deutschen Sprache bei der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ins deutsche Bildungssystem die höchste Priorität für die Landesregierung.

Um diesen sprachlichen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen, wurde in Hessen das schulische Gesamtsprachförderkonzept mit verschiedenen Bausteinen zur Deutschförderung entwickelt, rechtlich verankert und implementiert. Es ist der rechtliche und bildungspolitische Referenzpunkt aller Maßnahmen und wurde kontinuierlich ausgebaut, angepasst und erweitert.

Dass diese bildungspolitischen Strategien und Maßnahmen der Landesregierung sich zum Wohle der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund erfolgreich auswirken, zeigen die Ergebnisse des Bildungsmonitors 2021. Demnach belegt Hessen im Ländervergleich im Bereich der Integration einen guten dritten Platz. Besonders positiv bewertet wird insbesondere der bundesweit geringste Anteil ausländischer Schulabgänger ohne Abschluss (11,3 %, Bundesmittel 17,6 %) sowie die hohe Studienberechtigtenquoten ausländischer Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen (12,5 % gegenüber 6,6 % im Bundesmittel). In den 1990er Jahren wies Hessen im Bundesvergleich demgegenüber stets eine der höchsten Schulabbrecherquoten auf, die bei den ausländischen Schülerinnen und Schüler durchgängig über 20 % lag.

Es ist davon auszugehen, dass sich die für den Schulbereich geschilderten Faktoren auch im Hochschulbereich fortsetzen. Einige Hochschulen bieten daher besondere Unterstützungsangebote, u.a. zur Verbesserung der Wissenschaftssprache Deutsch, an. Generell ist darauf hinzuweisen, dass Aussagen zur Bildungsbeteiligung von Personen mit Migrationshintergrund im Hochschulbereich mit großen Unsicherheiten behaftet sind, da der Migrationshintergrund von Studierenden weder in der amtlichen Hochschulstatistik erfasst wird, noch valide erfassbar ist.

Frage 6. Aus welchen Gründen liegt die Arbeitslosenquote bei Ausländern konstant etwa dreimal so hoch wie bei Deutschen?

Die dreimal so hohe Arbeitslosenquote von ausländischen Staatsangehörigen in Deutschland ist kein ausschließlich hessisches Phänomen. Als zentrale Ursachen können die im Durchschnitt geringeren Bildungs- und Berufsabschlüsse, unzureichende Sprachkenntnisse, begrenzte Informationen über den deutschen Arbeitsmarkt, mangelnde Berufserfahrung in deutschen Unternehmen sowie Diskriminierungen am Arbeitsmarkt benannt werden. Ausländische Staatsangehörige ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind deutlich seltener erwerbstätig als diejenigen Deutschen, denen eine solche Qualifikation ebenfalls fehlt.

Frage 7. Welche der unter 4. bis 6. genannten Gründe liegen außerhalb der Möglichkeiten der Einflussnahme durch die Landesregierung, d.h. im Verantwortungsbereich der Zuwanderer?

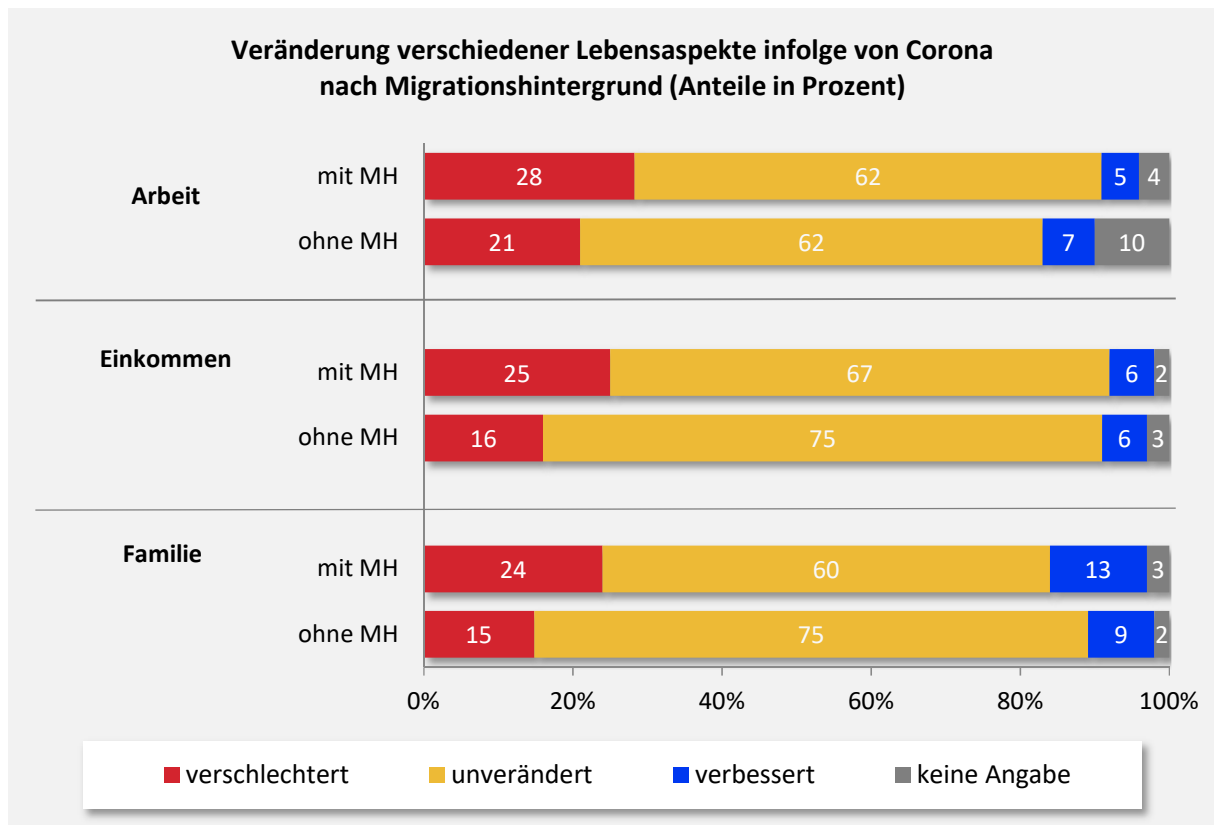
Integration und die Entwicklung der Teilhabe sind komplexe Prozesse, die sich nur zu einem gewissen Teil durch die Landesregierung steuern lassen. Es handelt sich um gesamtgesellschaftliche bzw. volkswirtschaftliche Prozesse und Zusammenhänge.

Wiesbaden, 10. August 2022

In Vertretung:
Anne Janz

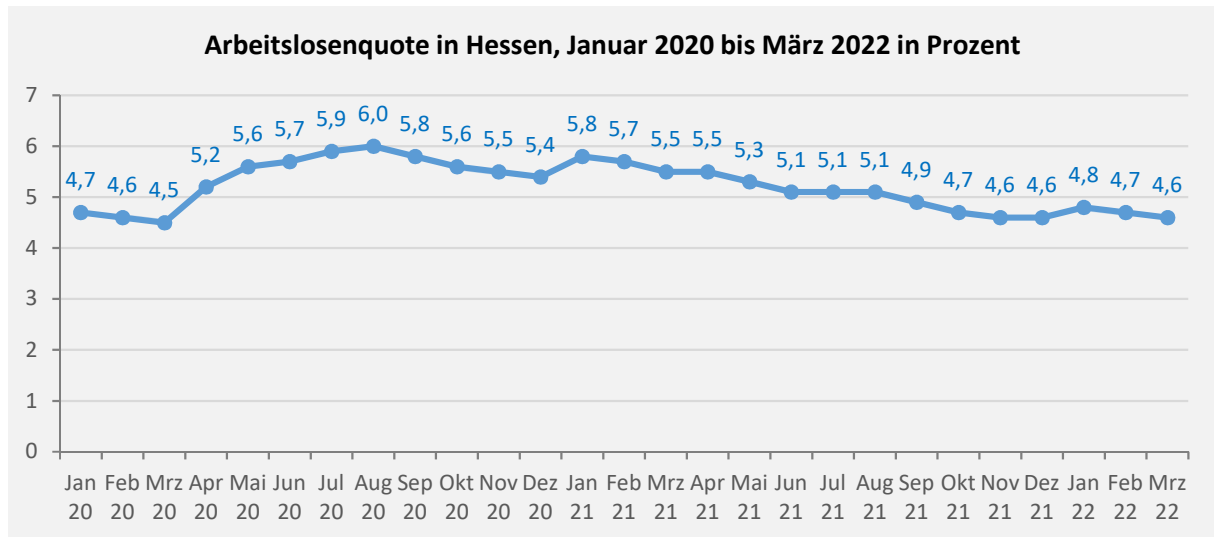
Anlagen

Anlage 1 zu Antwort auf Frage 1 zur Kleinen Anfrage 20/8537



Quelle: Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (2021): Gesellschaftliche Folgen der Corona-Pandemie in Hessen. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung mit dem Fokus auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Wiesbaden. <https://integrationskompass.hessen.de/monitoring/integrationsforschung/corona>

Anlage 2 zu Antwort auf Frage 3 zur Kleinen Anfrage 20/8537



Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit